

Pressemitteilung

27. November 2018

Kinder mit Lernschwäche dürfen nicht hinten runterfallen

SoVD kritisiert Philologen: „Offensichtlich ist Inklusion nicht so wichtig“

Hannover. Mit großem Unverständnis reagiert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen auf die Forderung des Philologenverbandes zum Thema schulische Inklusion. Deren Vorsitzender Horst Audritz hatte gefordert, die Förderschule Lernen entgegen den Planungen der Landesregierung zu erhalten. „Das ist unverantwortlich und zeigt, dass dem Philologenverband die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern mit Behinderung offensichtlich nicht so wichtig ist“, kritisiert der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer.

Natürlich sei es richtig, dass es mehr finanzielle und personelle Ressourcen für die Umsetzung der Inklusion brauche. „Darauf weisen wir schon seit langem hin und da muss auch dringend was passieren“, fordert Bauer weiter. Dass 400 Millionen Euro in der Inklusion in Niedersachsen falsch eingesetzt werden, habe ja schon der Landesrechnungshof deutlich gemacht: „Das Geld ist also da. Es muss nur richtig verteilt werden.“ Es könne jedenfalls nicht sein, dass gerade Kinder mit einer Lernschwäche hinten runter fallen.

In diesem Zusammenhang mit dem Wahlrecht der Eltern zu argumentieren, sei fehl am Platz. „Das wäre nur gegeben, wenn zwei gleichwertige Systeme nebeneinander stehen. Solange inklusive Schulen aber nicht finanziell und personell vernünftig ausgestattet sind, werden sich Eltern zwangsweise immer für die Förderschule entscheiden“, so Bauer. Eine echte Wahlfreiheit gebe es somit überhaupt nicht.

Mit mehr als 276.000 Mitgliedern insgesamt ist der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. der größte Sozialverband des Landes. Er ist gemeinnützig, überparteilich und konfessionell unabhängig. In rund 60 niedersächsischen Beratungszentren steht er seinen Mitgliedern bei Themen wie Rente, Pflege, Hartz IV, Behinderung, Gesundheit und Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht kompetent zur Seite, vertritt sie gegenüber Politik, Behörden und vor den Sozialgerichten.

Stefanie Jäkel | Landespressesprecherin
stefanie.jaekel@sovd-nds.de | Tel.: 0511 / 70 148 – 69 | Mobil: 0174 / 94 165 04